

Entwicklungen & Trends 2022

In der Krise nachhaltig wachsen

von Saskia Horenburg, Peter Röhrig und Antje Kölling

Wie wichtig es ist, dass Ernährungssysteme resilienter werden müssen, wird gerade in Krisenzeiten sichtbar: Vielfalt auf dem Acker und auf der Weide, weitestmögliche Unabhängigkeit von externen Inputs und ein Schwerpunkt auf Regionalität sind dabei wichtige Elemente. Diese Themen denkt der Ökolandbau von Anfang an mit. Ziel ist es, nachhaltige Stoffkreisläufe und Wertschöpfungsketten zu schaffen: Das gesamte System wird in den Blick genommen.

Nachdem die Covid-Pandemie die Gesellschaft zwei Jahre lang in Atem hielt, erschüttert seit Februar 2022 der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine Europa – und hat Auswirkungen auf weite Teile der Welt. Denn dieser Krieg zeigt überdeutlich, wie verletzlich unsere globale Versorgung mit Nahrungsmitteln ist: Weizen wurde auf dem Weltmarkt knapp, da bisher vor allem die Ukraine, aber auch Russland, große Mengen des Grundnahrungsmittels exportiert haben. Zudem wirken sich die steigenden Energiepreise gleich doppelt auf die Lebensmittel-Wertschöpfungskette aus: Die Lebensmittelpreise steigen, da synthetischer Stickstoffdünger, chemisch-synthetische Pestizide, Bodenbearbeitung, Erntetechnik, Transport, Verarbeitung und Verpackung immer noch auf fossile Energien angewiesen sind. Und nicht zuletzt müssen Verbraucher:innen mit schwer zu kalkulierenden Preissteigerungen umgehen.

Keine einfachen Zeiten, um zu vermitteln, dass gute Lebensmittel einen Preis haben. Trotzdem kommt die Biolandwirtschaft und -lebensmittelbranche im Vergleich zu anderen Teilen der Lebensmittelbranche verhältnismäßig gut durch die Krise, denn Nachhaltigkeit zahlt sich auch hier aus. Dass diese Krise aber von den PR-Strateg:innen einiger industrieller Interessenverbände nun genutzt wird, um bisher als überholt kritisierte Methoden einer intensiv mit chemisch-synthetischen Inputs arbeitenden Landwirtschaft erneut als Lösung anzupreisen, war zu erwarten.

Dabei sind die Zahlen des ersten Halbjahres 2022 recht deutlich. Bio ist eine Inflationsbremse: Die Preise für Bio-Frischeprodukte stiegen um nur 5,2 Prozent, während die konventionellen Preissteigerungen bei acht Prozent lagen. Und für beide Bereiche waren in der Zeit mit rund sieben Prozent auch ähnlich hohe Umsatzrückgänge im Handel zu verzeichnen.

Die Umsatzveränderungen liegen vor allem an einem stärkeren Außer-Haus-Verzehr nach der Corona-Zeit – die Menschen gehen wieder in Restaurants und Kantinen. Zudem wird eher zu günstigeren Produkten eines Sortiments, also beispielsweise zum Biomehl statt zur Biobackmischung oder zu Bio-Preiseinstiegsprodukten statt Bio-Markenprodukten gegriffen.

Der Krieg und die Verletzlichkeit des globalen Ernährungssystems

Bio wirkt als Inflationsbremse

Externe Kosten – nicht bei Bio

Einige wenige Verbraucher:innen kaufen allerdings aus finanziellen Gründen konventionelle Lebensmittel statt Bio. Was für den Einzelnen kurzfristig beim Sparen helfen kann, greift für die Gesellschaft zu kurz. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat die Umweltfolgekosten für die Landwirtschaft mit 90 Milliarden Euro jährlich angegeben. Durch die Verwendung von Bioprodukten werden diese externen Kosten weitgehend vermieden, die sonst die Gesellschaft schultern müsste. Bio übernimmt Verantwortung:

- *Klimaschutz:* Die Klimakrise bedroht langfristig unsere Lebensgrundlagen. Biolandwirtschaft sorgt für mehr Klima-, Arten- und Wasserschutz. Es wird kein mineralischer Stickstoffdünger eingesetzt, der mit viel fossiler Energie hergestellt und importiert werden muss. Durch einen gezielten Einsatz von organischen Düngemitteln werden zudem weniger Treibhausgase freigesetzt. Durch vielfältige Fruchtfolgen wird vorbeugender Pflanzenschutz betrieben und durch den Anbau von Klee gras und organische Düngung mit Mist und Kompost Humus im Boden aufgebaut und so Kohlenstoff aus der Luft gebunden.

- *Natur- und Umweltschutz:* Bio sorgt für sauberes Wasser, Artenvielfalt und fruchtbare Böden. Denn bei Bio werden keine chemisch-synthetischen Pestizide eingesetzt. Auf über 95 Prozent der Bioflächen werden die Biopflanzen ausschließlich mit vorbeugenden Maßnahmen, wie z. B. abwechslungsreiche Fruchtfolgen, gesund erhalten. Genauso wichtig für die Umwelt ist der effiziente Umgang mit organischen Düngern. Somit sorgt Bio mit seiner ressourcenschützenden Kreislaufwirtschaft für resiliente Anbausysteme, die die planetaren Belastungsgrenzen respektieren und enkeltauglich sind.

- *Artgerechte Tierhaltung:* Biotiere haben viel Platz im Stall und auf der Weide. Biobäuer:innen und -bauern halten nur so viele Tiere auf ihren Flächen, wie Umwelt und Klima vertragen. Das Futter für die Tiere muss zu einem großen Teil vom eigenen Betrieb bzw. aus der Region kommen. Die Regeln des Ökologischen Landbaus bewirken damit eine konsequente Minderung des Antibiotikaeinsatzes – ein wichtiges Element zur Bekämpfung bei der Zunahme von Antibiotikaresistenzen.

- *Keine Gentechnik:* Biounternehmen setzen sich gemeinsam mit zahlreichen Verbraucher:innen, Umwelt-, Landwirtschafts- und Entwicklungsverbänden für eine weiterhin strikte Regulierung der Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Denn Gentechnik ist teuer und riskant – zudem lehnt ein Großteil der Bürger:innen in Deutschland und Europa die Risikotechnologie auf dem Acker und dem Teller ab. In den Richtlinien des Ökolandbaus ist der Einsatz von Gentechnik deshalb verboten. Bio-Züchter:innen setzen auf Vielfalt und bieten Lösungen an, um Erträge durch mehr Vielfalt zu stabilisieren und damit auch Hunger- und Umweltkrisen entgegenzutreten. Ganz ohne den Einsatz von Gentechnik.

Bio sorgt für resiliente Anbausysteme

Agro-Gentechnik: teuer, riskant und in der Bevölkerung unerwünscht

Darüber hinaus leistet die Bio-Wertschöpfungskette einiges, um die Lebensmittelversorgung krisenfester zu machen:

- *Versorgungssicherheit:* Die Lieferketten sind oft deutlich kürzer und direkter organisiert und so weniger anfällig für Störungen im globalen Handelsverkehr. Zudem sind die Unternehmensstrukturen entlang der Wertschöpfungskette insgesamt kleinteiliger und oftmals stärker regional sowie dezentral organisiert. Diese Struktur garantiert eine hohe Verfügbarkeit von frischen, unbehandelten und somit gesunden, regionalen Lebensmitteln.

- *Unabhängigkeit und Inflationbremse:* So wie uns erneuerbare Energien vor kritischen Abhängigkeiten und katastrophalen Umweltschäden schützen können, macht Bio unabhängig von problematischen Inputs wie energieaufwendig herzustellendem, mineralischem Stickstoffdünger, der noch dazu häufig aus Russland, Iran oder aus Katar importiert wird. Mit ihrer ressourcenschützenden Kreislaufwirtschaft produzieren Biohöfe ihren organischen Dünger in wesentlichen Teilen selbst und machen so unsere Landwirtschaft sicherer, souveräner und unabhängiger – sowohl hier bei uns vor Ort als auch im globalen Süden. Das zeigt sich auch jetzt in der Krise: Im Verhältnis zum Ausgangspreis sind die Preise für konventionelle Lebensmittel stärker gestiegen als die für Biolebensmittel.

Bio zeigt jeden Tag auf dem Feld und im Stall, dass es die unmittelbare und funktionierende Lösung für die Krisen ist, in denen wir uns aktuell befinden: Es sorgt für weniger Abhängigkeit von fossiler Energie, mehr Umwelt und Klimaschutz sowie für eine sichere und gesunde Ernährung. Daher bleibt das 30-Prozent-Bio-Ziel der Bundesregierung und ähnliche Ziele der EU (25 Prozent) und vieler Bundesländer richtig und wichtig. Nur so kann die Gesellschaft die Land- und Ernährungswirtschaft zukunftsfähig gestalten. Diese Entwicklung muss am Markt stattfinden – und darf selbstverständlich nicht auf Kosten derjenigen gehen, die gerade jeden Euro dreimal umdrehen müssen, um ihre Nebenkostenabrechnung zu zahlen. Damit alle Menschen sich eine gesunde Ernährung leisten können, braucht es eine vorausschauende Sozialpolitik sowie mehr Wettbewerbsgleichheit und Fairness bei den Preisen. Letztendlich müssen die externen Kosten des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden oder Stickstoffdüngern auf den Produktpreis aufgeschlagen werden, sodass Bio längerfristig im Verhältnis günstiger wird.

**Externe Kosten
müssen internalisiert
werden**

Bilanz ziehen

Ausnahmsweise und pandemiebedingt hat sich die Branche statt im Februar 2022 im Juli zu einer »Summer Edition« der Leitmesse Biofach getroffen. Dies war ein guter Zeitpunkt, auf die vergangenen Jahre zu blicken und Bilanz zu ziehen. Wo steht der Ökolandbau im Jahr 2022 in Zahlen?

Jeder siebte Hof ist bio

Jeder siebte Hof wirtschaftete 2021 ökologisch, insgesamt 35.716 Höfe in ganz Deutschland. Allein die Flächen der Bioverbände summierten sich auf 1.142.022 Hektar (plus 5,4 Prozent) und machten rund zwei Drittel der gesamten Ökofläche aus. Mit den neuen 81.762 Hektar im Jahr 2021 beträgt die gesamte Ökofläche jetzt 1.784.002 Hektar. In den letzten fünf Jahren stellten die heimischen Ökobetriebe über eine halbe Million Hektar Landwirtschaftsfläche um. Ökolandwirt:innen, die ihre Betriebe nach der EU-Öko-Verordnung – und damit dem mit Abstand höchsten gesetzlichen Standard der Landwirtschaft – umstellten, trugen mit geschätzten 23.503 Hektar neuer Ökofläche (plus 3,8 Prozent) zu mehr nachhaltig bewirtschafteten Acker-, Obst- und Gemüsebau-, Wein- oder Grünlandflächen bei. Deutlich stärker legte die Biofläche, die nach den Regeln der Ökoanbauverbände bewirtschaftet wurde, zu – sie stieg um 58.260 Hektar.

Mehr Biofläche

Im Jahr 2021 stellten 320 Betriebe auf Bio um, insgesamt 13,8 Prozent aller Höfe in Deutschland sind Biobetriebe. Knapp die Hälfte aller Biohöfe setzt auf einen Anbauverband und nutzt dessen Stärke in Beratung, Vermarktung und politischer Vertretung. Laut dem Thünen Institut hat sich die Einkommenssituation der ökologisch wirtschaftenden Betriebe (621 Testbetriebe) im Wirtschaftsjahr 2020/2021 verbessert. Die Öko-Testbetriebe erzielten im Durchschnitt ein Einkommen von 38.986 Euro (Gewinn plus Personalaufwand je Arbeitskraft) gegenüber 37.144 Euro im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung von 1.542 Euro bzw. neun Prozent. Am höchsten war das Einkommen der Öko-Ackerbaubetriebe mit 56.852 Euro. Im Sommer 2022 waren in einigen Bereichen (Fleisch, Eier) Umsatzrückgänge zu verzeichnen, in anderen Bereichen scheint die Lage weitgehend stabil zu sein – es ist eine Frage der Marktentwicklung und der Ausnutzung politischer Gestaltungsmöglichkeiten, wie sich die Lage für die Höfe weiterentwickelt.

Mehr Betriebe

Aktuell liegt die Biofläche in Deutschland bei rund elf Prozent. Die derzeitige GAP sieht Finanzmittel vor, die nur drei Prozent zusätzliche Biofläche bis 2027 ermöglichen. Um das 25- bzw. 30-Prozent-Ziel zu erreichen, braucht es daher klarere Signale in der Agrarpolitik. Die finanziellen Anreize zur Umstellung auf Bio müssen erhöht werden, um die Leistungen von Bio für Klima, Biodiversität und saubere Gewässer angemessen zu honorieren.

Höhere Einkommen

Langfristiger Trend zu mehr Bio am Markt

Europas Biomarkt hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt. Die Menschen haben sich durch die Pandemie stärker mit gesunder Ernährung befasst und durch Homeoffice und Kontaktbeschränkungen mehr zu Hause gekocht. Das hat Bio 2020 einen zusätzlichen Aufschwung gegeben. So entschieden sich die Menschen an der Ladenkasse fast überall in Europa für mehr Bio. In vielen Ländern legte 2020 der Bioumsatz zweistellig zu: Deutschland stand mit

seinem Plus von 22 Prozent an der Spitze, die Schweiz und Österreich wuchsen um 19 bzw. 18 Prozent. Belgien, Dänemark, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Frankreich und Finnland erzielten Zuwächse von elf bis 13 Prozent. Nach wie vor sind die Europäer Weltmeister beim Marktanteil von Bioprodukten. Spitzenreiter Dänemark lag 2020 mit einem Bioanteil von 13 Prozent am gesamten Lebensmittelmarkt mit Abstand vorn. Österreich folgte mit 11,3 Prozent, die Schweiz erreichte 10,8 Prozent. Deutschland stand mit 6,4 Prozent Marktanteil an siebter Stelle in Europa.

Das zeigt sehr klar: Die Verbraucher:innen wollen mehr Bio – wenn es in ihre täglichen Abläufe passt und für sie erschwinglich ist. Wer nun aus dem Homeoffice wieder an den Arbeitsplatz zurückgekehrt ist, isst oft unterwegs oder in der Kantine. Um Bio in Deutschland voranzubringen, muss es folglich mehr Bio in der Außer-Haus-Verpflegung geben. Hier haben die Gäste heute zumeist keine Wahlmöglichkeit, um zu Bio greifen zu können. Aktuell liegt der Anteil bei unter zwei Prozent. Der Bund muss daher für alle Außer-Haus-Küchen möglichst rasch die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um sie bei der Umstellung zu unterstützen.

Für die Gesamtentwicklung 2022 gibt es vorsichtige Hoffnung auf eine gewisse Stabilität. Im ersten Halbjahr 2022 sind die Umsätze des Lebensmittelhandels insgesamt rückläufig. Doch der Biomarkt zeigt sich robust und ist davon weniger stark betroffen. Das Niveau der Verbraucherpreise lag im ersten Halbjahr 2022 für Bio-Frischeprodukte 5,2 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Damit liegt die Preissteigerung bei Bio trotzdem deutlich unter der Entwicklung bei konventionellen Lebensmitteln, für die acht Prozent ermittelt wurden. Folglich verringerte sich der Preisabstand zwischen Bio und konventionell deutlich. Erfreuliche Zahlen gab es im Frischebereich: In den ersten fünf Monaten 2022 gaben Kundinnen und Kunden in Deutschland rund 35 Prozent mehr für Bio-Frischeprodukte aus als im gleichen Zeitraum 2019 – und damit vor der Corona-Pandemie.

Politik für mehr Bio

Das 30-Prozent-Ziel für den Ökolandbau in Deutschland durch ambitionierte Maßnahmen zu stützen, das wird uns auch 2023 beschäftigen. Denn gerade jetzt wird klar: Die teure Abhängigkeit Deutschlands von mineralischem Stickstoffdünger können wir uns nicht weiter leisten. Diese Düngemittel werden aus zweifelhaften Quellen z. B. im Iran oder Katar bezogen. Oder er wird mit einem hohen Einsatz an importiertem Erdgas in Deutschland selbst produziert. Bisher wurde ein bedeutender Teil an Stickstoffdünger aus Russland importiert.

Hier braucht es eine klare Vision und starke gesellschaftliche Ziele. Der Zukunftskommission Landwirtschaft ist es 2021 sehr breit über viele Verbände hinweg gelungen, einen Pflock einzuschlagen Richtung mehr Nachhaltigkeit. Wenn auch durch die Vielzahl der vertretenen Interessen das Endergebnis kein 100-prozentiges »Öko-Positionspapier« war, so war doch die Richtung klar: Die Landwirtschaft ist so weiter zu entwickeln, dass den akuten Herausforderungen – vor allem dem Verlust der Artenvielfalt und dem Klimawandel – eine Strategie der Nachhaltigkeit entgegengesetzt werden kann. Ob es mit der Neuauflage der Zukunftskommission nun gelingen kann, diesen Weg des gesellschaftlichen Konsenses für Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft weiterzugehen, bleibt abzuwarten.

Gemeinsame Agrarpolitik

Leider ist absehbar, dass die nun bewilligte GAP-Strategie viel zu wenig dazu beitragen wird, die Ziele für den Schutz von Klima, Artenvielfalt und Gewässern zu erreichen. Auch für die Transformation hin zu einer nachhaltigeren, unabhängigeren und resilienteren Ernährung mangelt es der GAP deutlich an Ambition. Um das Potenzial der GAP für den notwendigen Umbau der Landwirtschaft wirksam werden zu lassen, muss der Strategieplan schleunigst überarbeitet werden. Beispielsweise muss die extensive Milchviehhaltung stärker honoriert werden und an die Ökolandbauziele von EU und Deutschland angepasst werden. Deutschland plant bisher Finanzmittel für die Ökoförderung ein, die einen Ökoflächenanteil von 14 Prozent bis 2027 abdeckt. Die Ziele der EU liegen aber bei 25 Prozent und die Deutschlands bei 30 Prozent. Hier muss nachgelegt werden. Denn der Ausbau des Ökolandbaus ist

**Mehr Bio vor allem bei
Außer-Haus-Verpflegung
notwendig**

**Klare Vision und starke
gesellschaftliche Ziele**

**GAP: Nachbesserungen
beim Nationalen
Strategieplan notwendig**

entscheidend, um die großen Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz wirksam anzupacken und eine resiliente, auf heimischen Rohstoffen basierende Kreislaufwirtschaft zu stärken, um so Bäuerinnen und Bauern eine gute Zukunft zu geben.

Gentechnik

Der politische Prozess rund um das Gentechnikrecht ist an anderer Stelle im *Kritischen Agrarbericht* detaillierter ausgeführt (siehe S. 279-294), deshalb wird hier nur in Kürze auf die Situation für den Ökolandbau eingegangen. Auch die Bioverbände haben sich an der EU-weiten Initiative beteiligt, die unter dem Titel »Nicht hinter unserem Rücken – Kein Freifahrtschein für neue Gentechnik in unserem Essen!« mehr als 400.000 Unterschriften gesammelt hat. Der Ökolandbau setzt per Definition keine Gentechnik im Ackerbau, in der Lebensmittelverarbeitung, in der Tierzucht oder Tierfütterung ein. Für viele Kund:innen ist diese klare Position gegenüber der Gentechnik auch ein ausschlaggebender Grund, zu Bio-Produkten zu greifen, wie alljährlich die Umfrageergebnisse im Rahmen des Ökobarometers zeigen. Daher ist klar, dass sich die Ökobranchen vehement dafür einsetzen, dass auch die Neue Gentechnik reguliert bleibt, sich also nicht ungesehen auf Acker und Teller ausbreiten kann. Denn letzteres würde unweigerlich zur Folge haben, dass Gentechnikpflanzen in benachbarte Äcker auskreuzen würden und auch die Bioernten womöglich bald mit technisch rekombinierten Gensequenzen durchsetzt wären. Daher ist klar: Auch neue Gentechniken müssen im Gentechnikrecht geregelt bleiben, Risikoprüfung, Kennzeichnungspflicht und Rückverfolgbarkeit müssen gewährleistet sein.

Auch Neue Gentechnik muss reguliert bleiben

Sonstige Politiken

2022 war das erste Jahr der der neuen EU-Öko-Verordnung, die nach einem über achtjährigen Gesetzgebungsverfahren am 1. Januar wirksam wurde. Weiterhin wird uns auch 2023 die Umsetzung und Auslegung der neuen EU-Öko-Verordnung beschäftigen. Wir nennen hier beispielhaft vier Themen, die wichtig sind:

- Der Umgang mit Kontaminationen von für die Bioproduktion nicht zugelassenen Stoffen. Die vorliegenden Ideen der EU-Kommission würden auf viel Bürokratie und große wirtschaftliche Schäden hinauslaufen, da jeder noch so kleine Fund dieser Stoffe, auch wenn sie in der Umwelt generell immer nachweisbar sind, aufwendig geprüft werden soll. Das ist eine Verdrehung des Verursacherprinzips, die nicht akzeptabel ist.
- Auch die Regelung der Verwendung von Mitteln zur Reinigung und Desinfektion, insbesondere in der Verarbeitung, wird ein Thema sein. In verschiedenen Gewerken gibt es unterschiedlichste Bedingungen und strenge Hygienevorschriften, die nur schwer in eine Positivliste gepresst werden können – dafür sind es einfach viel zu viele. Keine leichte Auf-

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Bio in der Außer-Haus-Verpflegung stärken: Mindestens 50 Prozent Bio in öffentlichen Kantinen, Mensen und Klinikküchen. Dazu muss der Bund die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Küchen bei der Umstellung unterstützen.
2. Um 30 Prozent Bio zu erreichen, braucht es eine staatliche Informationskampagne, die Verbraucher:innen über die Besonderheiten der Bioprodukte informiert und zeigt, wie Biolebensmittel helfen, unsere Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.
3. Ausbau von Forschung, Aus- und Weiterbildung im Ökolandbau: Politische Ziele zum Ausbau des Öko-



landbaus lassen sich nur erreichen, wenn ausreichend qualifiziertes Fachpersonal auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette vorhanden ist und praxistaugliche Lösungen im Ökologischen Landbau erforscht werden.

4. Einbindung *aller* Ministerien im Rahmen der neuen Bio-Strategie, beispielsweise das Wirtschaftsministerium mit auf Nachhaltigkeit fokussierten Förderprogrammen und Bio-Gründungsfonds, das Finanzministerium mit einer ökologischen Steuerreform.
5. Die Wahlfreiheit für Essen ohne Gentechnik muss durch ein starkes EU-Gentechnikrecht weiterhin abgesichert sein.

gabe, eine Regelung zu finden, die gleichzeitig handhabbar ist, in der Praxis funktioniert und die Lebensmittelsicherheit gewährleistet.

- Weiterhin ist die genaue Aufteilung von Kompetenzen und Aufgaben im bundesdeutschen Kontrollsystem im Rahmen des Ökolandbaugesetzes Gegenstand von Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. In Deutschland bewährt hat sich ein zweistufiges Kontrollsystem, in dem private Kontrollstellen im staatlichen Auftrag und mit staatlicher Zulassung und Überwachung die Kontrollen durchführen und die Zertifikate ausstellen. Wie dies erhalten bleiben und rechtlich solide verankert werden kann, ist noch weiter in Diskussion.
- Für die Außer-Haus-Verpflegung wird es eine neue nationale Regelung geben, die ein wichtiger Trittstein auf dem Weg zu 30 Prozent Bio sein soll, damit mehr Bio in die Küchen kommt, wie Bund, Länder und die Biobewegung es anstreben. Auch das muss noch ausgehandelt werden.

Eine wichtige Rolle für die Transformation der Landwirtschaft hat die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Tierhaltungskennzeichnung. Gut ist, dass nun eine staatliche und verpflichtende Kennzeichnung geplant ist, die ein Höchstmaß an Transparenz für die Verbraucher:innen mit sich bringt. Gut ist auch, dass Regelungen für Schlachtung und Transport über das Ordnungsrecht und damit für alle Tiere verbessert werden sollen und nicht nur für die in bestimmten Stufen. Richtig ist auch, dass die Ökotierhaltung auf Grundlage des neuen EU-Biorechts als eigenständige Stufe vorgesehen ist. Schließlich haben Bioschweine 50 Prozent mehr Platz im Stall und an der frischen Luft als in der nächstliegenden Stufe. So wie bei Bio Schritt für Schritt Regelungen zur Tierhaltung dazugekommen sind, gibt es auch bei der Haltungskennzeichnung die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung. Da sind noch fehlende Regelungen für Sauen und Ferkel und Regeln für Rinder und Geflügel. Wichtig ist ebenfalls die Ausweitung der Kennzeichnung auf verarbeitete Produkte, die Außer-Haus-Verpflegung und andere Tierarten ab der Geburt. Das Biorecht regelt bereits jetzt alle Lebensphasen der relevanten Nutztiere und deren Verarbeitung und Kennzeichnung.

Die Biobranche ist zudem durch zahlreiche andere Politikbereiche betroffen. So ist beispielsweise der Entwurf der EU-Verordnung zur »nachhaltigen Nutzung von Pestiziden« zu begrüßen, da er ein wichtiger Baustein ist, um den Pestizideinsatz in der EU zu reduzieren. Hierbei wurden chemische und biologische Pestizide unterschieden. Die Reduktionsziele gelten nur für chemische Mittel. Allerdings wurden die im Ökolandbau verwendeten mineralischen Mittel (z. B. Backpulver) als »chemische Mittel« kategorisiert. Sie sind im Entwurf sogar überproportional betroffen, weil die Reduktionsziele sich nach der Aufwandmenge (und nicht nach den Risiken) richten. Hier muss nachgearbeitet werden. Auch die EU-Richtlinie zu Industrieemissionen ist erst einmal positiv für die Umwelt – hier muss aber darauf geachtet werden, dass bäuerliche und artgerechte Tierhaltung nicht unverhältnismäßig erschwert wird.

Auch 2023 bleibt insofern politisch viel zu tun, um das Ernährungssystem gemeinsam ökologischer und tierfreundlicher zu machen – und dabei bäuerliche Betriebe zu erhalten!

**Haltungskennzeichnung
muss weiterentwickelt
werden**



Saskia Horenburg
Leitung Kommunikation und Presse
des Bund Ökologische Lebens-
mittelwirtschaft (BÖLW) e.V.

presse@boelw.de



Peter Röhrig
Geschäftsführender Vorstand
des Bund Ökologische Lebens-
mittelwirtschaft (BÖLW) e.V.

roehrig@boelw.de



Antje Kölling
Leiterin der Abteilung Politik
und Öffentlichkeitsarbeit des
Demeter e.V.

antje.koelling@demeter.de